

Torserver.net: Warum es so wichtig ist

[Interessanter Artikel](#) über Tor:

„Tor ist eben kein einfaches Anonymisierungsprojekt nur für ‚uns‘. Mit staatlicher Förderung und vor allem viel persönlichem Engagement wird und wurde an Universitäten (und außerhalb) weltweit daran gearbeitet, allen Menschen einen zensurfreien, verschlüsselten Netzzugang zu ermöglichen. Und das in seiner vollen Konsequenz: Nicht nur lesend, sondern auch um aktiv teilzunehmen, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Auf der Startseite von [Torserver.net](#) zitiere ich [eine Studie](#) des ‚Committee to Protect Journalists‘, nach der im letzten Jahr 136 Journalisten weltweit im Gefängnis sitzen. Und das sind nur die bekannteren Fälle.

Und, wird Tor genutzt? Und von wem? Die Metriken des Torprojekts zeigen das sehr eindrucksvoll. Wenn man sich nämlich dort anschaut, wie viele Menschen den umständlichen Weg nutzen, sich Tor per Email zu besorgen – vermutlich weil die Seite des Projekts geblockt wird und somit der normale Downloadweg nicht möglich ist – so sind das knapp 100 täglich“.

Lesebefehl!

Von den Deutschen lernen

heisst völkisch werden

German-foreign-policy.com: „Ungarn übernimmt Praktiken der deutschen Ethnopolitik und erklärt hunderttausende Bürger seiner Nachbarländer zu seinen Staatsangehörigen. Mittel dazu ist das [neue ungarische Staatsbürgerschaftsrecht](#), das mit Jahresbeginn in Kraft getreten ist. Bürger sämtlicher angrenzender Länder erhalten auf Antrag einen ungarischen Pass, sofern sie ungarische Blutsabstammung geltend machen können. Modell ist die Praxis Deutschlands, ‚Blutsdeutsche‘ in Polen und der Tschechischen Republik zu seinen Bürgern zu erklären. Das jetzt in Ungarn in Kraft getretene Staatsbürgerschaftsrecht ist Teil eines Komplettumbaus des Staates durch die Regierung, die mit der baldigen Verabschiedung einer neuen Verfassung völkische Grundsätze zur Grundlage der Budapester Politik für die kommenden Jahrzehnte erheben will. Teil des Umbaus ist das heftig kritisierte neue Mediengesetz, das geeignet ist, jede Opposition zur völkischen Politik dauerhaft zu unterdrücken. Die Regierungspartei Fidesz ist CDU und CSU freundschaftlich verbunden, sie wird von deutschen Parteienstiftungen begünstigt und kann an jahrzehntelange enge deutsch-ungarische Kooperation anknüpfen. Ihr Erfolg offenbart, wie völkische Politik im von Deutschland und seiner Ethnopolitik geprägten Europa auf lange Sicht zum Durchbruch kommt.“

Ab heute wird geflattrt

Ich habe mich entschieden, bei [Flattr](#) teilzunehmen. Wer noch nicht weiß, was das ist, kann bei [Wikipedia](#) lesen: „Flattr ist ein Social-Payment-Service mit Sitz in Malmö, Schweden, bei dem der Benutzer monatlich einen frei wählbaren

Abonnementsbetrag auf ein Konto einbezahlt. Die Medienanbieter platzieren auf ihrer Website einen Flattr-Button, den der Nutzer anklicken kann, wenn ihm der Internet-Inhalt gefällt. Am Monatsende wird der Abonnementsbetrag des Nutzers gemäß seinen Klicks an die Medienanbieter verteilt.“

Ich bin gespannt, ob meine Artikel irgendjemandem etwas wert sind. Die beiden besten Artikel, die ich jemals geschrieben habe, habe ich im nachhinein auch geflattrt:

- [Projekt Xanadu, reloaded](#)
- [Die Erbkönigin](#)

Der Button funktioniert ohne Javascript. Es gibt auch einen allgemeinen Spendenknopf auf der rechten Spalte.

Sicherheitsprobleme mit zwei Ohren

„Nachdem sie gehackt wurde, ist die AusweisApp für den neuen Personalausweis nun wieder online – wenn auch nicht für jeden. Eine Analyse der Stärken und Schwächen.

Der deutsche Personalausweis und die deutsche Autobahn haben vieles gemeinsam: Beide wurden von den Nationalsozialisten zwar nicht erfunden, aber gesellschaftlich hoffähig gemacht, beide gehören zur deutschen Leitkultur und beide gelten als so selbstverständlich, dass jemand, der sie abschaffen wollte, so scheel angesehen würde wie jemand, der den Deutschen das Biertrinken verbieten wollte.“

[Ein Artikel von mir in der taz](#) – wenn man an den richtigen Redakteur gerät, kann man also auch in der taz online Links

setzen.

Avatarischer Reitunterricht



Manchmal kann man sich nicht aussuchen, womit man virtuell herumreitet. Dieses Tierchen gibt ein allerliebstes Fauchen von sich.

Guten Tag Herr Burks

*Guten Tag Herr Burks,
vorgestern haben wir Ihnen bereits per Email eine Vorab-
Einladung für unser Presse-Screening der dctp und VOX am 15.
Februar 2011 zugemailt. Um Ihnen
noch die persönliche Einladung per Post zukommen zu lassen,
bräuchten wir Ihre postalische Adresse. Es wäre klasse, wenn*

*Sie mir diese zukommen
lassen könnten. Zur Vervollständigung Ihrer Kontaktdaten
bräuchten wir zudem Ihre aktuelle Telefonnummer.
Vielen Dank, ein frohes neues Jahr und beste Grüße wünscht
xxxxxxx
Presse & Kommunikation*

Nein, ich antworte nicht darauf. Ich weiß ohnehin nicht, was ein „Presse-Screening“ ist.

Lifestyle vom Feinsten

Der [einzige Mensch auf der Welt](#), „der die ikea montageanleitungen, die zu 99 prozent ohne worte auskommen, genial findet“, bloggt über die Montage seiner Küche und wie man dabei abnimmt.

Auch Rassismus ist eine Meinung

Und wieder ein schönes [Urteil des Bundesverfassungsgerichts](#) zur Meinungsfreiheit (via [Verfassungsblog](#)): Ein Gericht hatte einem Neonazi eine „Weisung“, also eine Auflage zur „Führungsaufsicht“ aka Bewährungsaufgabe gegeben, die so typisch deutsch ist, dass es vor Leitkultur nur so trieft:

„Dem Verurteilten wird verboten, rechtsextremistisches oder nationalsozialistisches Gedankengut publizistisch zu

verbreiten, insbesondere durch Veröffentlichungen im Verlag ‚Deutsche Stimme‘, in den ‚Nachrichten‘ der ‚Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)‘ oder über den ‚Freundeskreis UN e.V.‘.“

Einem Verurteilten wird verboten, seine politische Meinung zu äußern. Man sollte erwarten, dass Demokraten sich entrüsten. Nicht so in Deutschland. Meinungsfreiheit gilt nur für die, die eine richtige Meinung haben – so ist hierzulande der Standard. Das Bundesverfassungsgericht denkt etwas anders darüber:

„Dieser Eingriff ist verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt. (...) Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist nicht vorbehaltlos gewährleistet. Es findet gemäß Art. 5 Abs. 2 GG seine Schranken in den allgemeinen Gesetzen. Hierunter fällt auch die Weisungsbefugnis im Rahmen der Führungsaufsicht gemäß § 68b Abs. 1 Nr. 4 StGB, da dieser keine inhaltsbezogene Meinungsbeschränkung zum Gegenstand hat, die sich von vornherein nur gegen bestimmte Überzeugungen, Haltungen oder Ideologien richtet (...). Auch im Übrigen bestehen an der Verfassungsmäßigkeit des Instituts der Führungsaufsicht keine grundsätzlichen Zweifel.“

Das ist zwar ärgerlich – aber damit kann man eventuell noch leben.

„Die angegriffene Weisung ist unbestimmt und schon deswegen unverhältnismäßig. (...) Das dem Beschwerdeführer auferlegte Publikationsverbot erstreckt sich allgemein auf die Verbreitung von nationalsozialistischem oder rechtsextremistischem Gedankengut. Mit dieser Umschreibung ist weder für den Rechtsanwender noch für den Rechtsunterworfenen das künftig verbotene von dem weiterhin erlaubten Verhalten abgrenzbar und damit im Sinne des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auch nicht hinreichend beschränkt. Schon bezüglich des Verbots der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts lässt sich dem Beschluss

des Oberlandesgerichts nichts dazu entnehmen, ob damit jedes Gedankengut, das unter dem nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürregime propagiert wurde, erfasst sein soll oder nur bestimmte Ausschnitte der nationalsozialistischen Ideologie, und falls letzteres der Fall sein sollte, nach welchen Kriterien diese Inhalte bestimmt werden können. Erst Recht fehlt es dem Verbot der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts an bestimmbar Konturen. Ob eine Position als rechtsextremistisch – möglicherweise in Abgrenzung zu ‚rechtsradikal‘ oder ‚rechtsreaktionär‘ – einzustufen ist, ist eine Frage des politischen Meinungskampfes und der gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung“.

Eben – das Wort der Woche für Lichterkettenträger. Niemand kann eindeutig und all gemein gültig bestimmen, was „rechtsextremistisch“ ist. Deswegen kann man auch nichts verbieten – unter Juristen nennt man das „[fehlende Normenklarheit](#)„. Der Gesetzgeber darf nur Gesetze machen, aus denen klar hervorgeht, was erlaubt und was verboten ist.

„...ist die angegriffene Entscheidung verfassungsrechtlich nicht tragfähig. Indem sie dem Beschwerdeführer für fünf Jahre uneingeschränkt jede publizistische Verbreitung rechtsextremistischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts verbietet, hindert sie ihn unabhängig von besonderen Situationen, in denen eine erhöhte Gefährdung zur Begehung von Straftaten besteht, generell an einer elementaren Form der Meinungsverbreitung zu vielen oder potentiell auch allen den Beschwerdeführer interessierenden politischen Problemen. Im Ergebnis macht sie es damit dem Beschwerdeführer – abhängig von seinen Ansichten – in weitem Umfang unmöglich, überhaupt mit seinen politischen Überzeugungen am öffentlichen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Dies ist mit der Meinungsfreiheit nicht vereinbar.“

Lob des Kapitalismus

Der wegen [Steuerhinterziehung](#) verdächtige, aber um eines höheren Wesens Willen nicht vorbestrafte Manager und Kapitalist [Ulrich Schumacher](#) erhält laut [Medienberichten](#) ein jährliches Ruhegehalt von 560.000 Euro, also [1534 Euro täglich](#). Seine frühere Firma teilte mit, die [restlichen Leistungsträger](#) gemäß den Sitten und Gebräuchen des Kapitalismus ebenfalls angemessen zu behandeln.

Totalüberwachtes Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Aber wir wissen:

Er ist das Ende der Verbrechen.
Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Chaos
Sondern die Ordnung.
Er ist das Einfache

Das schwer zu machen ist.

Bertolt Brecht

Ich fordere aus gegebenem Anlass, diese volksverhetzenden, empörenden und vor allem total jugendgefährdenden Inhalte aus dem Schulunterricht und auch aus Museen zu verbannen. Lehrer, die es dennoch wagen, Brecht im Deutschunterricht zu erwähnen, sollten total mit Berufsverbot belegt oder mindestens totalüberwacht werden.

Dieses Verb gab es zwar bisher nicht im Deutschen, die deutsche Sprache sollte aber den Belangen der total wahren Totalitarismus-Doktrin – der einzig erlaubten Sicht auf die deutsche Geschichte – totalangepasst werden. Zumindest sollte ein Vermerk in jedes Buch und jede Internet-Veröffentlichung, dass der „Dichter“ Brecht seine total antifreiheitlichdemokratischen Zeilen in einem Zustand geistiger Totalumnachtung verfasst hat.

Es kann nicht sein, dass die Freiheit der Rede missbraucht wird, um den Jugendschutz zu unterhöheln und Kinder und Herwachsenden total hilflos mit diesem Schmutz und Schund allein zu lassen. Allein schon wegen Brecht brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung jetzt und total sofort. Auch sollte die Polizei jederzeit auf alle Computer zugreifen können, um kontrollieren zu können, ob sich dort jugendgefährdende Inhalte befinden – wie etwas Bertold Brecht und anderen Formen von Kinderpornografie. Das will auch die total große Mehrheit der Deutschen.

Schützt endlich unsere Kinder vor total undeutschen Dichtern!

Auch hier lesen: „10 Gründe, warum der Kommunismus schlecht für uns wäre“.

Übermäßige Beeinträchtigung der Rundfunkfreiheit

Wieder eine [Klatsche vom Bundesverfassungsgericht](#) für Staatsanwälte, die zu gern mal durchsuchen und beschlagnahmen – nach dem Motto „legal, illegal, scheißegal“:

„Der Beschwerdeführer, ein eingetragener Verein, betreibt einen lokalen Rundfunksender. Im Rahmen einer von ihm im Oktober 2003 ausgestrahlten Sendung wurde ein Beitrag gesendet, der sich mit angeblichen Übergriffen von Polizeibeamten bei einer Demonstration beschäftigte. Ein unbekannt gebliebener Moderator spielte die Mitschnitte von zwei Telefongesprächen ein, die zwischen einem Pressesprecher der Polizei und einer Person geführt worden waren, die sich in den Telefongesprächen als ein Mitarbeiter des Senders mit Namen vorgestellt hatte. Auf die Strafanzeige des Landeskriminalamtes leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201 Abs. 1 StGB) ein; nach dem Bekunden des Pressesprechers sei eine Aufzeichnung der Telefongespräche nicht vereinbart worden.“

Das war bestimmt einer diese Dödel, der selbst seine Puppe gerne würde „autorisieren“ lassen, sobald sie an die frische Luft kommen.

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete das Amtsgericht die Durchsichtung der Geschäftsräume des Beschwerdeführers an. Es lägen begründete Tatsachen für die Annahme vor, dass die Durchsichtung zum Auffinden von Beweismitteln führen werde, insbesondere des die Gespräche wiedergebenden Tonträgers, sowie von Unterlagen, die Aufschluss über die Identität des

Anrufers und der weiteren Verantwortlichen gäben.“

Man muss sich mal die Begründung der Gerichte ansehen, die die Durchsuchung und deren „Verhältnismäßigkeit“ durchgewunken haben: „Sie sei auch nicht unverhältnismäßig, da es sich (...) um (...) keinen schweren Eingriff in den Sendebetrieb des Beschwerdeführers“ handelte. Ach, eine Durchsuchung – ist ja nicht so schlimm, wir bleiben am Frühstückstisch sitzen und trinken Kaffee...damit muss ja jeute jeder mal rechnen.

Das Bundesverfassungsgericht sieht das anders: „Diese Eingriffe sind verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt. (...) Die Ermittlungsbehörden sind ebenso gehalten, eine übermäßige Beeinträchtigung der Rundfunkfreiheit durch den Vollzug der Durchsuchung eines Rundfunksenders zu vermeiden.“

Wie sähe dieser Staat eigentlich aus, wenn es *kein* Bundesverfassungsgericht gäbe?

Burks bei den Wayapopihíwi



Nein, ich hatte nirgendwo während meiner vielen Reisen das Gefühl, „helfen“ oder „entwickeln“ zu müssen, um mich anschließend moralisch besser zu fühlen. „[Entwicklungshilfe](#)“ gehört ersatzlos gestrichen. Dämlicher kann man Neo-Kolonialismus nicht bezeichnen.

Hier bin ich bei den [Guahibo](#), auch Wayapopihíwi genannt, im Süden Venezuelas, irgendwo in einem winzigen Dorf [ungefähr hier](#). (Ja, das hatte ich schon [vor zwei Jahren](#) gebloggt.)

„Ein schlammiger Fluß: der Rio Capanaparo. Ein alter Mann rudert den Reisenden schweigend an das andere Ufer. Wieder ein garpón. Aller Augen richten sich auf den chefe. Der erklärt in stockendem Spanisch: Das Feuer und die Viehzucht engen den Lebensraum der Guahibos immer mehr ein. Sie litten Hunger, weil sie nicht mehr jagen könnten. Die Regierung lobt sich im Ausland für ihre gut gemeinte, das heißt paternalistische Indianerpolitik. Sie bietet den Nomaden an, gratis in Reihenhaussiedlungen wohnen zu können wie die katholischen und assimilierten Indianer am Orinoco. Dort wären sie geschützt vor Übergriffen sowohl der kolumbianischen Guerilla als auch der Viehzüchter. Doch sie wollen nicht.“

Burks im wilden Südwesten



Das bin ich im zarten Alter von 27 (1979), und das ist in [Cuauhtémoc](#) im Norden Mexikos im Bundesstaat [Chihuahua](#).

Unflüssige Democracy in der Piratenpartei

[Offener Brief](#): Liquid Democracy in der Piratenpartei:

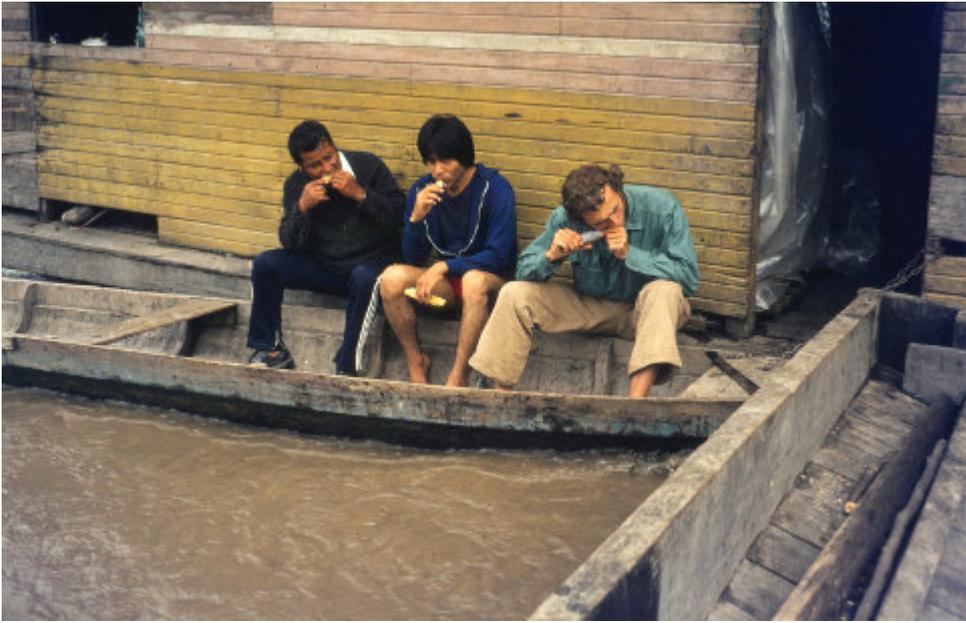
(...) „Leider wurden uns bei unseren Bemühungen, LiquidFeedback auf Bundesebene der Piratenpartei voranzutreiben, erhebliche Steine in den Weg gelegt. Auch wenn sich eine Mehrheit des Bundesparteitags in Bingen für eine Einführung eines LiquidFeedback-Systems aussprach, so zermürbte uns ein Teil der Gegner eines solchen Systems auf eine Art und Weise, über

die wir damals noch nicht zu reflektieren vermochten. Wir sind der Meinung, dass der Bundesvorstand das System nicht auf angemessene Weise installiert hat. Eine ordentliche Akkreditierung der Piraten – geschweige denn eine zeitnahe Sperrung ausgetretener Mitglieder – findet bis heute nicht statt.“ (...)

Ich hiele das System ohnehin für unausgegoren. Und die Gruppendynamik holt die Piraten jetzt auch ein. Parteien sind sozusagen Vereine hoch drei. Hauen und Stechen eben. Das ist überall so. Willkommen in der Wirklichkeit. (Ja, ich habe meinen Mitgliedsbeitrag 2011 gerade bezahlt.)

Auf dem Río Mamoré (Bolivien 1980)





Mit dem obigen „Seelenverkäufer“ (ja, das Schiff erinnerte mich an [Traven](#)) war ich vor dreissig Jahren eine Woche unterwegs auf dem [Río Mamoré](#), von [Puerto Villaroel](#) (das scheint ja immer noch so ein erbärmliches Nest zu sein!) bis nach [Trinidad](#). Damals war alles überschwemmt und wir brauchten vom Río Mamoré bis in die Vororte von Trinidad ein Kanu, weil die Strasse nicht mehr da war. Von Trinidad sind mein Begleiter und ich dann an die brasilianische Grenze geflogen.

Unter Avataren, noch mal revisited





Das [Spiel](#) ist zwar nicht so schön wie [Film](#) (die Avatarinnen im Spiel sind hässlich!), dafür dauert es aber wesentlich länger.

Wish I were there



Ich hatte mir überlegt, wo ich Neujahr gern gewesen wäre – mir fielen zwei gegensätzliche Orte spontan ein, [ein Strand im Norden Grenadas](#) und die [Cordillera Blanca](#) im Norden Perus.

Zehn Tage auf dem Amazonas

(1982)







